Nr. 286. 19. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) beträgt: durch die Post bezogen ohne Bringegeld monatlich ℳ 1,20, vierteljährlich ℳ 3,60; durch die Kolporteure wöchentlich 30 ₰ frei ins Haus.
Einzelne Nummer 5 ₰. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 ₰.
Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wabersky in Hamburg.

Donnerstag, den 7. Dezember 1905.

Anzeigen werden die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰, für den Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen mit 20 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abends), in den Filialen (bis 4 Uhr Nachmittags), sowie in sämtlichen Annoncen-Bureaux.
Redaktion und Expedition: Fehlandstraße 11 in Hamburg 1.

Filialen: Süd-St. Pauli bei Carl Lementzow, Davidstr. 35. Nord-St. Pauli, Eimsbüttel, Langenfelde bei Carl Dreyer, Margarethenstr. 72, Eimsbüttel. Hoheluft, Eppendorf, Groß-Borstel und Winterhude bei Ernst Großkopf, Lehmweg 51, Eppendorf. Barmbeck, Uhlenhorst bei Theodor Petereit, Bachstr. 12, Barmbeck. St. Georg, Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn und Schiffbeck bei Carl Ortel, Baustr. 26, Borgfelde. Hammerbrook, Rotenburgsort, Billwärder und Veddel bei Rud. Fuhrmann, Schwabenstr. 33, Hammerbrook. Eilbeck, Wandsbeck und Hinschenfelde bei Franz Krüger, Sternstr. 36, Wandsbeck. Altona bei Friedrich Ludwig, Bürgerstr. 118, Altona. Ottensen, Bahrenfeld bei Johannes Heine, Bahrenfelderstr. 140, Ottensen

Hierzu zwei Beilagen.

Die Kehrseite der Medaille.

Das wirtschaftliche Elend, das sich außer dem sozialen und politischen dem modernen Proletarier täglich fühlbar macht und das für ihn des Daseins Qualen oft bis zur Unerträglichkeit steigert, ist das ungeheure Mißverhältnis zwischen den Arbeitslöhnen und den Lebensmittelpreisen. Die Arbeitslöhne im allgemeinen sind nicht oder nur wenig gestiegen. Sie blieben nach dem Zeugnis der Fabrik-Inspektoren selbst in den sieben fetten Jahren der deutschen Industrie, während des großen Aufschwungs der neunziger Jahre, ziemlich stabil. Die Herren Unternehmer haben sich darauf eingerichtet, den Rahm allein abzuschöpfen. Die Löhne stiegen damals in wenigen Branchen um ein Geringes, in den meisten blieben sie stabil und in einzelnen fielen sie sogar. Jene Periode brachte für die Arbeiter den einzigen Vorteil, daß sie ausreichend Arbeitsgelegenheit bot. Die Unternehmer strichen märchenhafte Profite ein und gewannen auf dem Weltmarkte Terrain gegenüber der englischen und französischen Konkurrenz. Das Verdienst um diese Errungenschaften schrieben natürlich die Herren Kapitalisten ihrem eigenen „Fleiß“ und „Unternehmungsgeist“ zu; an die ungeheure Summe von Arbeit des Gedankens und der Hände, die von den Proletariern geleistet worden, dachten sie gar nicht.

Wenn aber die Arbeitslöhne, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, im allgemeinen stabil geblieben oder gar gesunken sind, so waren die Lebensmittelpreise bisher in einem unaufhörlichen Steigen begriffen. Nachdem sie zu Anfang der neunziger Jahre eine bedenkliche Höhe erreicht, wurden sie wieder etwas herabgedrückt durch die Caprivischen Handelsverträge. Die agrarische Politik hat die neue Steigerung bewirkt und in wenigen Monaten werden die Handelsverträge mit den Hungerzöllen in Kraft treten. „Die Zeit der Ernte ist gekommen!“ hat ja der Reichskanzler gesagt.

Schon vor zwanzig Jahren wurde in zahlreichen Haushaltungsbudgets der Arbeiter, die teils von einzelnen Personen, teils von Arbeiterorganisationen, teils auch von wissenschaftlichen Korporationen veröffentlicht wurden, der positive und unanfechtbare Nachweis geliefert, daß die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterklasse eine Unterernährung für die Mehrzahl der Bevölkerung mit sich bringen müsse. Und doch waren die Lebensmittelpreise damals nicht so hoch und standen in keinem solchen Mißverhältnis zu den Arbeitslöhnen wie heute.

Aber das Elend war schon groß genug. Die Arbeiterbudgets aus dem vorletzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts weisen aus, wie schlimm damals eine Arbeiterfamilie von vier bis sechs Köpfen bei einem Jahreseinkommen von 1000 Mark oder etwas darüber daran war. Zwanzig Mark pro Woche — wie oft pflegt der wohlgenährte Philister zu sagen, daß dies ein „schöner Lohn“ sei! Ein frivoleres Geschwätz kann es gar nicht geben, und wenn man so etwas hört, kann man nur bedauern, daß eben diesen Philistern keine Gelegenheit gegeben werden kann, für 20 Mark wöchentlich einmal hart zu arbeiten und von einem solchen Verdienst sich und ihre Familien zu ernähren.

Nach den Aufstellungen aus den achtziger Jahren mußten jene Arbeiterfamilien 53 bis 55 Prozent des gesamten Einkommens für Nahrungsmittel ausgeben. Dennoch hatten diese Nahrungsmittel keinen ausreichenden Nährwert. Es konnten mit denselben weder die bei der Arbeit verbrauchten Kräfte des Vaters ersetzt, noch die Kinder hinreichend kräftig ernährt werden.

Das war vor einem Vierteljahrhundert. Aber welche Steigerung haben inzwischen die Lebensmittelpreise erfahren und wie viele Einzelexistenzen und Familien gibt es, deren Einkommen noch lange keine 20 Mark pro Woche beträgt!

Wenn nun in drei Monaten das Mißverhältnis zwischen Arbeitslöhnen und Lebensmittelpreisen so schlimm wird, wie es noch nie gewesen, wenn die Teurung unsere Bevölkerung zu einer unerhört schlechten Ernährung zwingen und langsam einen Kräfteverfall bei dem Volkskörper herbeiführen wird — wenn dies alles, wie tausendmal vorausberechnet und von den agrarischen Schnapphähnen gierig erwartet, unvermeidlich eintreten muß, dann hätte man vielleicht erwarten können, daß die Regierung bei der Frage der Kostendeckung für die Flottenvermehrung die große Masse der Besitzlosen diesmal außer Betracht lassen werde. Die schöne humane Melodie von den „schwächeren Schultern“ ist vom Zentrum bis zum Ueberdruß abgeleiert worden; sogar Herr von Stengel hat einmal davon gesprochen, man müsse die wirtschaftlich schwachen Bevölkerungsteile schonen. Der Reichstag hat sich noch 1900 gegen die Erhöhung der den Massenverbrauch belastenden Abgaben zu Gunsten der Flottenvermehrung ausgesprochen. Aber die Regierung rechnet sicher darauf, daß inzwischen das Zentrum für die Vermehrung und Erhöhung der indirekten Abgaben reif geworden ist und seine Hand dazu bieten wird, der an Unterernährung leidenden Bevölkerung die Nahrungs- und Genußmittel noch mehr zu vertenern. Ueber die volkswirtschaftliche Bedeutung von Bier und Tabak als Ware und Genußmittel nochmals Betrachtungen anzustellen, halten wir für durchaus überflüssig. Die erhöhte Tabakbesteuerung schädigt die Konsumenten und die Industrie; mit dem Bier ist es im ganzen ebenso. In letzter Linie haben freilich wie immer die Konsumenten den Hauptschaden.

Ein englisches Blatt hat mit unverhülltem Hohn gesagt: „Die Flottenvermehrung ist in Deutschland ebenso populär, wie die Kosten für dieselbe unpopulär sind.“ — In der Tat hat die Flottenschwärmerei bei den oberen Zehntausend zugenommen. Duselt man sich denn immer mehr in den Weltmachtstraum hinein und hat man sich wirklich ganz und gar von der aufdringlichen Agitation des Flottenvereins mitreißen lassen? Aber das englische Blatt hat ganz recht; während der Flottendusel sogar die Linke im Reichstage mitreißt, wächst die Abneigung der herrschenden Klassen dagegen, auch entsprechende Opfer für diese nationale Institution zu bringen. Die Regierung hält es für weise, die stärkeren Schultern zu schonen. Sie spricht in der Begründung der Vorlage davon, man müsse auf allen Seiten Opfer bringen, sowohl „bei den besitzenden Klassen, wie bei der großen Masse des Volkes!“ — Man gesteht es wenigstens zu, daß die Masse belastet wird. Aber den oberen Zehntausend tut die Erbschaftssteuer ganz gewiß nicht so weh, wie den Proletariern der verteuerte Tabak, das verteuerte Bier und die verteuerte Fahrkarte vierter Klasse.

Kämpft aber der Arbeiter für Lohnerhöhung, so hat er bei Massenstreiks gleich die Staatsmacht gegen sich, während die Unternehmer mit Aussperrungen vorgehen.

Die „Patrioten“ haben ihre Freude an den mächtigen Schiffen und die Großkaufmannschaft hofft mit denselben einst den Engländern den Welthandel zu entreißen.

Aber die Flottenpolitik, diese stolze Reichsmedaille, hat ihre Kehrseite. Mögen die Flotten noch so großartig aussehen — eine solche Politik kann niemals zum Heil des Ganzen ausschlagen, wenn das Volk zu gleicher Zeit durch Steuern und Zölle auf seine notwendigsten Lebens- und Genußmittel zur Unterernährung verurteilt ist.

Vergebens wird man sich abmühen, diesem Volke eine Begeisterung einzuflößen, die dem begüterten Patrioten bei reichbesetzter Tafel sehr leicht aufsteigt, die aber bei einem knurrenden Magen vollkommen ausbleibt.

Eine Politik, die sich auf ein solches Mißverhältnis stützen muß, hat nach allen historischen Erfahrungen keine Zukunft und muß mit den bittersten Enttäuschungen, mit den traurigsten Erfahrungen enden. Denn noch nie hat eine Sache dauernde Größe erreichen können, bei welcher äußerlicher Glanz die Hauptsache war. Ein Volk ist nur dann stark, wenn sein Körper auch innerlich vollkommen gesund ist, und wenn er dies sein und bleiben soll, darf er nicht an Unterernährung leiden.

Die Revolution in Rußland.

Der Telegraphistenstreik dauert an und soll, so wird behauptet, auf mindestens zwanzig Tage ausgedehnt werden. Die Folge ist, daß telegraphische Nachrichten aus Rußland heute vollständig fehlen. Die offiziöse Russische Telegraphen-Agentur hat einige Depeschen durch Boten bis an die deutsche Grenze befördert; von Eidtkuhnen aus wurden sie weitertelegraphiert. Zunächst handelt es sich um eine Regierungskundgebung:

Unter Hinweis darauf, daß die Regierung unbeugsam entschlossen ist, die am 30. Oktober beschlossenen Reformen durchzuführen, betont ein Regierungskommuniqué die Unmöglichkeit, die Bevölkerung und die Verwaltung mit einem Schlage an die durch das Manifest vom 30. Oktober geschaffenen neuen Verhältnisse zu gewöhnen. Bis die Reformen auf gesetzgeberischem Wege durchgeführt seien, müßten die alten Gesetze in Kraft bleiben, soweit sie nicht durch zeitweilige Bestimmungen ersetzt würden. Gegenwärtig sind Entwürfe temporärer Bestimmungen fertiggestellt über die Preßfreiheit und das Vereinsrecht. Die Beratungen über die Reform des Reichsrates und Erweiterung des Wahlrechts näherten sich ihrem Ende. Die Wahlen zur Reichsduma würden beschleunigt. Gleichzeitig seien Maßnahmen gegen die die öffentliche Sicherheit gefährdenden Ruhestörungen in Angriff genommen. — Der Chef der Oberpreßbehörde, Belgard, hat den erbetenen Abschied erhalten.

Den Blättern zufolge erhebt der Verband für Preßschutz Einspruch gegen die beabsichtigte Einführung von zeitweiligen Preßvorschriften, weil diese die durch das Manifest vom 30. Oktober gewährte Preßfreiheit entstellen und die Beibehaltung der bisherigen administrativen Willkür anstreben. Der Verband protestiert energisch gegen den Geist des ganzen Planes, der die Präventivzensur für die Zeitungen beibehalte und dem Minister des Innern und anderen Verwaltungsbeamten das Recht gebe, nach ihrem Ermessen Blätter zu unterdrücken, sowie die Presse des Rechtes freier Kritik der Regierungsangelegenheiten und Handlungen von Amtspersonen beraube. Der Verband beschloß, falls der Entwurf Gesetzeskraft erhalte, die Preßfreiheit auf den vom Verband bekanntgegebenen Grundlagen in die Wirklichkeit umzusetzen.

Der Pariser „Temps“ erhält über Eydtkuhnen folgendes Telegramm aus Petersburg: Die Situation kann noch einige Tage so andauern, aber eine friedliche Lösung ist unwahrscheinlich. Das Wort Diktatur ist von neuem in Umlauf. General Trepow soll bereit sein, zurückzukehren und durch Verhaftungen und Füsilladen die Ordnung wieder herzustellen. Der Minister des Innern, Durnowo, ist völlig einig mit ihm und sagt sich immer mehr von Witte los. Die Offiziere der Garde sind des Polizeidienstes überdrüssig, der sie den Schmähungen und bisweilen den Tätlichkeiten der Menge aussetzt. Sie erklären, sich auf ihre Leute verlassen zu können, und wünschen, vorgehen zu dürfen. — Dem „Echo de Paris“ wird über Eydtkuhnen aus Petersburg berichtet: Die letzte Ministerkonferenz in Zarskoje Selo, unter dem Vorsitze des Kaisers, verlief sehr bewegt. Der Minister des Innern, Durnowo, erklärte dem Zaren, man müsse die Anarchie schnellstens beenden, und machte sich anheischig, die Ordnung durch Verhaftung von zwei- oder dreitausend Intellektuellen und Ausweisung von zweihundert Arbeitern aus Petersburg und Moskau wieder herzustellen. Als Witte sah, daß der Zar diesem Vorschlage zuneigte, erklärte er, daß wenn Durnowos Ideen diejenigen des Kaisers waren, er bereit wäre, in diesem Sinne zu Repressivmaßregeln zu greifen. Er fügte aber hinzu, daß er sofort hinterher seine Demission geben würde, da er nicht glaube, unter solchen Umständen die Ordnung verbürgen zu können. Der Zar, der vor einer Trennung von Witte zurückschreckt, ließ darauf die Dinge in der Schwebe. Man hat bemerkt, daß während der Diskussion die Minister, die Witte am meisten ergeben sind, wie Chipow, Timirjatew und Kutler, vollstes Schweigen bewahrten. Der Korrespondent sagt weiter, daß die Situation Wittes sehr prekär geworden sei.

Auf dem in Moskau tagenden Gutsbesitzerkongreß richtete die Mehrzahl der Redner heftige Angriffe gegen den Grafen Witte. Dieser führe Rußland dem Untergange entgegen. Es wurde beantragt, an den Kaiser die Bitte um Entlassung Wittes zu richten. Der Kongreß beschloß, den Kaiser durch eine Adresse um die Wiederherstellung der Ordnung und Ersetzung der gegenwärtigen Regierung durch eine andere zu bitten, weil die gegenwärtige außer stande sei, die Wirren zu unterdrücken. Betreffs der Agrarfrage wurde eine Resolution gefaßt, daß das Landbedürfnis der Bauern durch Krons- und Kommunal-Ländereien zu befriedigen sei.

Eine Meldung aus Kiew vom 4. Dezember besagt: Die beim 5. Pontonbataillon neu formierte Kompagnie weigerte sich am 30. November, die Wache zu beziehen, und verließ am 1. Dezember, der getroffenen Maßnahmen ungeachtet, die Kaserne. Bald schlossen sich der Kompagnie auch andere Teile der Sappeurbrigade an. Die Meuterer zogen in die Stadt, um die dort garnisonierenden Truppen zum Anschluß zu bewegen. Bei den ausständigen Arbeitern der Fabriken und Eisenbahnwerkstätten fanden sie Unterstützung. Gegen die Meuterer wurden Kosaken entsandt, die mit Gewehrfeuer empfangen wurden. Bei der Kaserne des Regiments „Asow“ gab das Regiment „Nowgorod“ eine Salve auf die Meuterer ab, von denen etwa 30 bis 40 fielen. Die Zahl der Verwundeten ist nicht ermittelt. Gegen 200 Meuterer wurden festgenommen. Die übrigen ergriffen die Flucht. — Die Zeitung „Ruß“ erfährt aus Kiew: Dort herrscht Panik. Die Bevölkerung flüchtet. Ein großer Teil der Truppen meutert. Im Polytechnikum fand eine Versammlung von 16000 Personen statt. Meuternde Soldaten schützten das Gebäude gegen die Polizei. Weiter meldet „Ruß“ nach durchaus zuverlässiger Quelle, Durnowo habe ohne Wissen des Kabinetts den Kriegszustand über Kiew verhängt. Nur Graf Witte habe darum gewußt.

Eine Korrespondenz der „Frankfurter Zeitung“ aus Kiew, 2. Dezember, datiert, gibt folgende Darstellung:

Als vorgestern der Streik der Post- und Telegraphenbeamten ausbrach, wurden einige Kompagnien Feldtelegraphisten und Soldaten ins Telegraphenamt geschickt, um die streikenden Telegraphisten zu ersetzen. Jene weigerten sich aber energisch, dem Befehle zu folgen, erklärten vielmehr, auch aus dem Dienst treten zu wollen, falls irgendwelche Repressalien gegen die Streikenden ausgeübt werden sollten. Die Gährung unter den Truppen wuchs und als gestern die Nachrichten über die Meuterei in Sebastopol eintrafen, erklärten alle Sappeure und Artilleristen, den Dienst einstellen zu wollen. Am Abend vorher hatten Mitglieder des „Schwarzen Hundert“, von Polizisten geführt, einzelne Persönlichkeiten auf offener Straße überfallen, ohne daß die Polizei eingeschritten wäre. Da beschlossen die Arbeiter, die friedlichen Bürger vor den Ausschreitungen und Greueln der Kontrerevolution schützen zu wollen und noch in derselben Nacht trieb die Arbeitermiliz das „Schwarze Hundert“ auseinander. Gestern Morgen zogen alle meuternden Truppen, gegen 8000 Mann (im ganzen befinden sich sonst in Kiew 25 000 Soldaten, doch ist jetzt ein großer Teil nach den Provinzstädten geschickt worden, da auch dort Unruhen stattfinden), durch die Straßen. Alle Arbeiter der Stadt, 20 000 bis 25 000 Mann, stürzten aus den Fabriken und schlossen sich den revolutionären Truppen an mit den Jubelrufen: „Es lebe die freie Armee!“ Einige Redner traten auf, darunter Offiziere, welche die Aufständischen beredeten, friedlich zu streiken und kein Blut zu vergießen. Die Redner wurden bejubelt. Die Stimmung der Menge war eine friedliche. Kosaken wurden gegen die Demonstranten geschickt, flohen aber vor den Drohungen der Artilleristen. Am Nachmittag wuchs die Menge der Demonstranten; Schulkinder, Studierende gesellten sich zu ihnen. Militärmusik erschallte in den Straßen. Rote Fahnen waren nicht zu sehen, auch wurden keine revolutionären Lieder gesungen. Da, plötzlich und unerwartet geschah das Fürchterliche: ein Bataillon von Unteroffizieren hatte sich in einem Privathause am Galitsky-Basar versteckt und fing an, die Menge aus dem Hinterhalte während 20 Minuten zu beschießen. Schulkinder, Arbeiter, Soldaten fielen tot oder verwundet nieder. Die Sterbenden schrieen: „Es lebe die Freiheit!“ Sappeure gaben einige Schüsse auf die Kosaken und die Unteroffiziere ab. Die Militärmusik hörte nicht auf zu spielen. Die Meuterer kehrten unbehelligt in die Kasernen zurück und befinden sich jetzt in den Festungswerken. Die Zahl der Gefallenen ist noch unbestimmt, man spricht von 150 Toten und 600 Verwundeten. Von den Offizieren des 7. Sappeurbataillons ist einer tot und ein anderer verwundet. Heute wird der Streik in allen Fabriken proklamiert. Die Eisenbahnbeamten haben sich dem allgemeinen politischen Streik angeschlossen. Der Generalgouverneur Suchomlinow hat den Befehl gegeben, daß alle Zeitungen unter strengster Militärzensur erscheinen müssen, worauf die liberalen Blätter erklärten, daß sie lieber gar nicht erscheinen wollten. Nur das antisemitische Blatt „Kiewljanien“ ist erschienen, aber es wird boykottiert, niemand kauft es auf der Straße, die Zeitungsträger, die es anbieten, werden vom Publikum vertrieben. Augenblicklich herrscht Ruhe. Alle Waffenläden werden von Kosaken bewacht.

Von der Schlacht um Sebastopol weiß man noch immer nichts Sicheres, trotzdem von dort aus eine rumänische oder türkische Grenzstation und damit das internationale Telegraphennetz inzwischen längst hätte erreicht werden können. Es scheint, als ob in dem Kriegshafen die Sache bei weitem nicht so günstig für sie stände, wie die russische Regierung glauben machen möchte. Sie läßt jetzt wieder über Eydtkuhnen folgende Darstellung verbreiten: Der Kommandeur des VII. Armeekorps, General Möller-Sakomelski, teilte mit, daß bei der Beschießung der Kasernen in Sebastopol vier Matrosen und drei Revolutionäre getötet worden sind. 2000 Mann haben sich ergeben, darunter sind 1600 Matrosen und 400 Mann, von denen der größte Teil Agitatoren in Zivil, der Rest Infanteristen sind. Obgleich diese letzteren 400 Mann ebenfalls über Waffen verfügten, so trat bei ihnen doch der größte Mangel an Organisation zu Tage. Die Stadt ist wieder ruhig. Eine große Menge Hafenarbeiter ist zur Wiederaufnahme der Arbeit bereit und Straßenunruhen sind nicht zu erwarten. Die Meuterer verrieten trotz ihrer großen Zahl und ausgezeichneten Bewaffnung keine Energie und Ungewandtheit. Aus diesen Gründen sind auch die Menschenverluste geringer als irgendwo bei einem Zusammenstoße mit schlecht oder gar nicht bewaffneten Volksmassen. (Dem stehen neuere Meldungen gegenüber, nach denen **1800 Matrosen gefallen sein sollen.**) Die Untersuchungskommission hat ihre Arbeit begonnen. An der Meuterei waren hauptsächlich Matrosen und Sappeure und von Privatpersonen meist Juden beteiligt. Vom Brestschen Regiment ist ein Soldat gefallen und zwei Mann verwundet. Von den Revolutionären sind drei Mann getötet und vier Matrosen verwundet, es geht jedoch das Gerücht, daß die Zahl der von den Einwohnern fortgeschafften Verwundeten erheblich größer sein soll.

Daß wahrscheinlich ein Teil der revolutionären Flotte die See beherrscht, darauf läßt eine heute eingetroffene Depesche aus Konstantinopel schließen: Infolge der Ereignisse in Odessa und Sebastopol, und da, wie bei der „Potemkin“-Affäre, das Einlaufen revolutionärer Schiffe befürchtet wird, wurden für den Bosporus dieselben Maßregeln wie zur Zeit der „Potemkin“-Affäre angeordnet. Am Eingang zum Bosporus wurden einige Torpedoboote stationiert, woraus die Gerüchte entstanden, daß nach den Dardanellen Kriegsschiffe und Torpedoboote abgegangen sind oder abgehen werden. Diese Gerüchte sind durchaus unbegründet.

Aus Petersburg wird der „Köln. Ztg.“ gemeldet: Seit vier Tagen macht sich in der hiesigen 8., 16. und 18. Flottenequipage eine beunruhigende Stimmung bemerkbar. In den Kasernen werden die Forderungen der Matrosen verbreitet. Auf einer Offiziersversammlung in Zarskoje Selo wurde beschlossen, im Falle der Verwendung des Militärs bei Kundgebungen auf die friedliche Menge nicht feuern zu lassen. — Der „Frankf. Ztg.“ schreibt ein Korrespondent: In unserer Garde gärt es bedenklich. „Wir werden auch Kanonen und Maschinengewehre haben“, prophezeite in den Oktobertagen ein Herr der roten Fahne. Jetzt sind seine Worte Wahrheit geworden. Die Regierung hat es nicht verstanden, vielleicht fehlte es ihr auch am guten Willen dazu, das alte Regime über Bord zu werfen.

Aus Czenstochau (Russisch-Polen) wird gemeldet: Die wegen Verdachts der Anfertigung von Gewehren verhafteten sechs Ingenieure der Hantleschen Fabrik wurden aus der Haft entlassen und die geschlossene Fabrik heute wieder in Betrieb gesetzt. — Die letzte Telegraphenleitung von Warschau nach dem Auslande wurde gestern Nachmittag unterbrochen.

Ein schneidiger Herr ist der Gouverneur von Tamboff, Lannitz. Die Arbeiter und Angestellten der Station Grjasi der Südostbahn bekundeten kürzlich ihren Willen, eine Versammlung zur Besprechung ihrer Lage einzuberufen. Aus Anlaß eines diesbezüglichen Gesuches der Leute telegraphierte der Herr Gouverneur an den Gendarmerie-Rittmeister des Ortes: „Längst Zeit gehabt, über ihre Lage nachzudenken. Verbiete kategorisch alle Versammlungen. Genug damit. Falls ungehorsam, Gewalt anwenden.“

Peter von Struve, der frühere Sozialist und jetzige Liberale, möchte der Revolution Halt gebieten. Die liberale Großbourgeoisie hat ja, was sie will, und das Proletariat mag zufrieden sein. Wenn nicht in denselben Worten, so doch in demselben Sinne wie die deutschen „Revolutionäre“ von 1848 sagt er: „Die Diktatur der Politik über die Kultur ist unhaltbar, weil die Revolution, ohne sich selbst aufzuheben, nicht wagen kann, antikulturell zu werden. Deshalb müssen wir, im Namen der Revolution, gegen die Methoden des Revolutionarismus protestieren, die die revolutionäre Bewegung untergraben und aktiv gegen sie ankämpfen. Die Kultur ist keine unwesentliche Kleinigkeit, auch nicht in den allerrevolutionärsten Momenten. Im russischen Leben liegt die Diktatur in der Luft. Die Diktatur sowohl derjenigen, die man das „schwarze Hundert“ nennt, als auch derjenigen, die sich das „revolutionäre Proletariat“ bezeichnen. Wir werden also sowohl den einen wie den anderen sagen, daß das Land keine Diktatur braucht, daß sie ihm widerlich ist, und daß es nur nach Recht, Freiheit und nach wirtschaftlicher Renaissance strebt.“

„Wirtschaftliche Renaissance“ heißt soviel wie: „Ruhe zum Genuß der Ausbeutungsfreiheit.“

Auch Priester Gapon taucht wieder auf und mahnt zur Ruhe: „Die Führer der radikalen Parteien, die ich sehr schätze, begehen einen groben taktischen Fehler, indem sie den sofortigen bewaffneten Aufstand, die Einführung der demokratischen Republik und die unverzügliche Einführung des Achtstundentages predigen.“

Glücklicherweise hat das revolutionäre russische Proletariat gezeigt, daß es keine Berater aus der honetten Gesellschaft der Liberalen braucht.

Von der Weltbühne.

Für eine kaiserliche Liebhaberei, die den Reichssteuerzahlern schon ℳ 700 000 gekostet hat und den elsaß-lothringischen Steuerzahlern ebensoviel, sollen nochmals ℳ 850 000 aufgewendet werden. Es handelt sich um die seinerzeit vielerörterte sogenannte Wiederherstellung der Hochkönigsburg im Elsaß. Die Burg wurde bekanntlich gelegentlich der Aufhebung des Diktaturparagraphen dem Kaiser geschenkt und es tauchte dann das Projekt auf, sie ausbauen zu lassen. Dafür waren ℳ 1 400 000 in Aussicht genommen und in fünf Jahren sollte der Bau vollendet werden. Die fünf Jahre sind demnächst um und das bewilligte Geld geht zu Ende, aber der Bau ist nicht fertig; es sollen vielmehr noch 3½ Jahre Bauzeit und ℳ 850 000 erforderlich sein, die man abermals zu gleichen Teilen auf das Reich und Elsaß-Lothringen zu verteilen gedenkt. Dem Reichstag ist darüber eine Denkschrift vorgelegt worden, die sich aber nach der „Fr. D. Pr.“ darüber ausschweigt, woher es kommt, daß das Geld nicht langt und auch die Bauzeit nicht gereicht hat. Es wird nur gesagt, daß der spezielle Kostenanschlag und Erläuterungsbericht vorgelegt werden wird. Außerdem heißt es in der Denkschrift kurz und bündig, für die Uebernahme dieser Mehrkosten auf öffentliche Fonds beständen die früher geltend gemachten Gründe fort. „Nachdem die Reichslande zu den bisher erwachsenen Kosten einen Beitrag in der Höhe der Hälfte der Forderungen geleistet haben, sollen sie auch an der Deckung der Mehrkosten beteiligt werden. Das hierzu Erforderliche ist in die Wege geleitet worden.“

Die früher geltend gemachten Gründe sind natürlich im Laufe der Jahre nicht stichhaltiger geworden. Und was 1901 dafür an „Gründen“ beigebracht wurde, war absolut nicht zureichend, um die Bewilligung der geforderten Summen zu rechtfertigen. Wenn sie trotzdem bewilligt wurden, so geschah das seitens der Mehrheitsparteien aus reiner Liebedienerei; man wagte nicht eine Forderung abzulehnen, von der man wußte, daß sie einen besonderen Wunsch des Kaisers erfüllen sollte. Und so entstand das Novum, daß das Reich und die Reichslande hohe Mittel aufwandten, um eine in den Privatbesitz des Kaisers übergegangene Ruine wiederherzustellen. Man hätte meinen sollen, daß bei solcher Sachlage wenigstens der Versuch gemacht worden wäre, mit der bewilligten hohen Bausumme auszukommen, um eine abermalige Aufrollung der für die Mehrheitsparteien so heiklen Frage zu vermeiden. Und reichte das bewilligte Geld absolut nicht, so hätte ja, wie das sonst bei Privatbauten üblich ist, der Besitzer der Burg den Rest zuzahlen können.

Unsere Regierung aber denkt anders über die Sache. Sie stellt sich auf den Standpunkt: Haben Reichstag und elsaß-lothringischer Landesausschuß A gesagt, dann müssen sie auch B sagen, obwohl seinerzeit Graf Posadowsky im Reichstage versichert hat, daß die Bewilligung unter der Voraussetzung erfolgen solle, daß mit der geforderten Summe die Leistungen des Reichs abgeschlossen seien. Trotzdem kommt sie jetzt mit der Nachforderung für den genannten Zweck, die sich gerade in jetziger Zeit eigenartig ausnimmt, wo man das Volk mit neuen, seine Lebensnotdurft belastenden Steuern beglücken will, um das Dalles-Loch im Reichssäckel notdürftig zuzustopfen.

Die Automobilsteuer, die der Reichsschatzsekretär v. Stengel seinem Steuerbouquet einverleibt hat, ist natürlich nicht nach dem Geschmack der Benzinfexe. Die „Zeitschrift des mitteleuropäischen Motorwagenvereins“ beklagt sich bitter über die neue Steuer. Sie erklärt:

„Der Plan hat in den Automobilkreisen überrascht, denn vorher war kein Wort über ihn in der Oeffentlichkeit verlautet, am wenigsten waren die automobilistischen Vertretungen zu irgendwelchen Vorberatungen des Gesetzentwurfes vom Reichsschatzamte hinzugezogen worden, um ihre Meinung über die Tragweite der geplanten Finanzmaßregel zum Ausdruck zu bringen . . . Luxussteuern liegen unter den heutigen Verhältnissen, wo die systematische Aufwiegelung der besitzlosen Klassen gegen das besitzende Bürgertum an der Tagesordnung ist und wo der Reichstag eine so große Anzahl von sozialdemokratischen Volksvertretern umfaßt, gewissermaßen in der Luft. Man mag ihre Berechtigung, auch diejenige der Automobilsteuer, bis zu einem gewissen Grade anerkennen, aber man wird unwillkürlich fragen, weshalb man gerade die Luxuskraftwagen zuerst ins Auge faßt und die anderen Luxusfahrzeuge, denen Ersatz die Motorwagen bieten, außer Betracht läßt.“

Die Herren Automobilbesitzer, die die Welt auf ihren Stinkkarren durchrasen, oft genug unter rücksichtsloser Gefährdung von Menschenleben, zählen ja nicht zu den Proletariern, sondern zum besitzenden Bürgertum, gegen das die verhaßte „Aufwiegelung der besitzlosen Klassen“ gerichtet sein soll. Wenn aber das Organ der Automobilisten recht hätte, daß in der geplanten Steuer das Resultat einer Aufwiegelung zu sehen sei, wer wären denn dann die Aufgewiegelten? Das könnten doch nur die Herren Minister und Geheimräte sein, die das Steuerprojekt ausgeklügelt haben. Die gekränkten Automobilisten können sich aber trösten. Die Regierung will ihnen ja nur lumpige 3½ Millionen abknöpfen, während die übrigen 220 bis 230 Millionen in der Hauptsache von den ärmeren Kreisen der Bevölkerung aufgebracht werden sollen. Sie haben also wirklich keine Ursache, sich über die Aufwiegelung der besitzlosen Klassen zu beklagen, wenigstens nicht in dem Sinne, wie ihr Organ es meint. Im übrigen sind freilich die ganzen neuen Steuerpläne die schärfste Aufwiegelung der Massen, die man sich denken kann. Die Aufwiegler aber sind die Urheber der Steuerprojekte.

Gegen die geplante Tabaksteuererhöhung haben nach einem Referate des Reichstagsabgeordneten Genossen Geyer die Leipziger Tabakarbeiter die folgende Resolution angenommen: „Die am 3. Dezember tagende öffentliche Versammlung der Tabakarbeiter Leipzigs protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die seitens der Regierung dem Reichstage vorgelegte Tabak- und Zigarettensteuervorlage, überhaupt gegen jede Mehrbelastung, welche die Ausbreitung der allgemein schädlichen Heimarbeit fördert, die Herabdrückung der Arbeitslöhne begünstigt, den Konsum der Tabakfabrikate einschränkt und darum Arbeitslosigkeit, Not und Elend für die Tabakarbeiter zur Folge haben muß. Die Versammlung fordert alle Beteiligten der Tabakindustrie auf, mit allen Kräften den Kampf gegen jede Mehrbelastung des Tabaks aufzunehmen und zu führen.“

Das deutsch-englische Handelsprovisorium, das am 31. Dezember d. J. abläuft, soll um zwei weitere Jahre verlängert werden. Dem Reichstage ist ein dahingehender Gesetzentwurf zugegangen, durch den der Bundesrat zu der fraglichen Verlängerung ermächtigt wird.

An die „nationale Pflicht“ der Deutschen in den „Ostmarken“ appelliert die Thronrede, mit welcher der preußische Landtag eröffnet wurde, gar beweglich, um das gewaltige Fiasko, das die preußische Antipolenpolitik im Osten erlitten hat, nicht noch schlimmer werden zu lassen. Aber der Appell wird vergeblich sein. Der Konkurrenzkampf zwischen der Ansiedlungskommission und den polnischen Landbanken treibt die Grundstückspreise in den Ostmarken immer höher, und da den Deutschen im Osten wie anderswo das Geld kostbarer ist als der Patriotismus, so benutzen sie immer zahlreicher die gute Gelegenheit, ihre Güter für hohe Preise loszuwerden. Man kann ihnen das nicht einmal groß verargen, da das Leben der Deutschen in den polnischen Provinzen ja gerade infolge der angeblich zum Schutze der Deutschen eingeleiteten Antipolenpolitik nicht zu den besonderen Annehmlichkeiten gehören mag. Wie stark die „unpatriotische“ Flucht der Deutschen ist, darüber gibt eine Zusammenstellung, die der Berliner Sekretär des Ostmarkenvereins, Victor Schoulz, im neuesten Hefte der „Deutschen Erde“ veröffentlicht, Aufschluß. Verloren gingen dem Deutsch-